



Zeitzeugen

Kliniken bleibt die große Operation erspart (Kieler Nachrichten vom 13. September 2000)

Kliniken bleibt die große Operation erspart

Kiel (std) Im neuen Krankenhausbedarfsplan wird aller Voraussicht nach keine der 107 Kliniken in Schleswig-Holstein fehlen. Nach der letzten Regionalkonferenz zum so genannten Rüschemann-Gutachten geht Gesundheitsministerin Heide Moser (SPD) davon aus, dass „angesichts der strukturellen Änderungen eine Schließung einzelner Häuser nicht notwendig sein wird“.

Wie bereits berichtet, deutet sich nach den acht regionalen Runden ein Grundkonsens zwischen dem Sozialministerium und den Krankenhäusern an. Danach werde auch der Abbau von Kapazitäten bei

weitem nicht die vom Gutachter empfohlene Größenordnung erreichen. „Klar ist in den Konferenzen vor allem geworden, dass wir niemanden an den Kragen wollen“, erklärte Heide Moser angesichts der monatelangen Proteste gegen das Gutachten. Prof. Hans-Heinrich Rüschemann hatte unter anderem vorgeschlagen, rund 1900 der 16500 Betten abzubauen sowie zwölf Häuser aus dem Bedarfsplan herauszunehmen.

Es gehe vor allem darum, unsere Krankenhäuser „fit zu machen für die Zukunft“, erklärte die Ministerin, die „erfreulicherweise“ feststellte,

„welche Bewegungen, die Gutachtenergebnisse bereits in Gang gesetzt haben“. Sie sei fest davon überzeugt, bis Anfang Dezember mit dem neuen Plan „sehr gute Ergebnisse“ vorzulegen.

Die Ministerin kündigte ein „stufenweises Vorgehen“ an. Dabei könnten im ersten Schritt die Einschnitte „relativ moderat“ ausfallen. Der Schwerpunkt werde in strukturellen Veränderungen, wie zum Beispiel arbeitsteilige Formen der Zusammenarbeit von Kliniken, liegen. Als „sinnvollen Kompromiss“ bezeichnete Moser zwei Jahre später die geplante Zwischen-

fortschreibung des Krankenhausplanes bis 2005. Für diesen zweiten Schritt sollen die Leistungsdaten des Jahres 2001 zu Grunde gelegt werden, um so den „Weiterentwicklungen adäquat Rechnung zu tragen“, erklärte die Gesundheitsministerin.

Moser will sich jetzt vor allem auf Bundesebene in die Ausgestaltung des neuen Finanzierungssystems einmischen. Wenn ab 2003 nicht mehr nach Betten sondern nach Fällen abgerechnet wird, dürfe den schleswig-holsteinischen Häusern keine Nachteile „aus ihrem heute schon kostenbewussten Verhalten er-

wachsen“. Die Blinddarmoperation oder der Einsatz einer neuen Hüfte dürfen im Lande auf Dauer nicht geringer vergütet werden als in Hamburg oder Baden-Württemberg.

Gesprächsbedarf meldeten gestern auch die Ersatzkassenverbände an. Sie haben erhebliche Zweifel, ob mit der moderaten Vorgehensweise tatsächlich „Geld im System freigesetzt werden kann“. Der vom Gutachter geforderte Ausbau der Geriatrie sei nicht möglich, ohne gleichzeitig etwas abzubauen, erklärte Referatsleiter Ludger Buittmann. Das Problem sei, „dass niemand bereit ist, etwas abzugeben.“